

Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

zum Verhandlungsgegenstand Datum

DS0774/04/1

öffentlich

DS0774/04

23.11.2004

Absender FDP-Ratsfraktion	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 02.12.2004

Kurztitel

Zweitwohnungssteuersatzung

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg empfiehlt dem Oberbürgermeister, auf die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer zu verzichten und statt dessen die Imagekampagne der Landeshauptstadt Magdeburg weiterzuentwickeln sowie das Cash-for-stay-and-study-Programm auszuweiten.

Begründung

Die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer in der Landeshauptstadt Magdeburg würde mehr schaden als nutzen. Die erhofften Mehreinnahmen wiegen in keiner Weise die entstehenden Verwaltungskosten sowie den drohenden Imageverlust der Stadt auf. Hinzu kommen weitere Effekte, so zum Beispiel eine verstärkte Abwanderung, das Meiden der Stadt Magdeburg sowie meldegesetzwidriges Verschweigen der Zweitwohnsitznahme. Wir halten eine solche Steuer für fiskalpolitisch vollkommen verfehlt.

Statt dessen ist es zwingend erforderlich, den Bürgern weitere positive Anreize für eine Ummeldung nach Magdeburg zu bieten. Dazu muss die derzeitige Imagekampagne der Stadt weiterentwickelt werden. Ebenso wäre es angebracht, das bereits sehr erfolgreiche Programm Cash-for-stay-and-study auszuweiten – gegebenenfalls auch auf Nichtstudenten.

Holger Franke

